

Hambacher Positionen zu Wirtschaft und KI – Wohlstand und Fortschritt

Deutschland leitet den Kurswechsel ein

Deutschland stellt sich den großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Nach Jahren einer von Unsicherheit, Überregulierung und ideologischen Vorgaben geprägten Politik befindet sich unser Land in einer ernsthaften wirtschaftlichen Schieflage. Gemäß den Prognosen der OECD und des ifo-Instituts ist auch für 2025 lediglich ein geringes Wachstum zu erwarten, wenngleich erste positive Signale zu sehen sind. Damit bleibt Deutschland weit hinter der Euro-Zone und anderen Industrienationen zurück. Das Vertrauen von Unternehmen und Investoren ist erschüttert, die internationale Wettbewerbsfähigkeit gesunken. Diese Entwicklungen sind ein deutliches Signal: Deutschland braucht jetzt einen klaren Kurswechsel. Diesen Kurswechsel leitet die neue unionsgeführte Bundesregierung konsequent ein.

Wir, die CDU/CSU-Fraktionen im Europäischen Parlament, dem Bundestag und den Landesparlamenten, stehen geschlossen für eine wirtschaftspolitische Agenda, die auf nachhaltiges Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet ist. Unser Anspruch ist es, durch mehr unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung, durch gezielte ordnungspolitische Impulse und verbesserte Rahmenbedingungen den Standort Deutschland zu stärken: durch den konsequenten Abbau überbordender Bürokratie, die spürbare Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie eine verlässliche, bezahlbare und sichere Energieversorgung. Mit unserem im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verankerten Sofortprogramm, dessen Umsetzung bereits angelaufen ist, setzen wir die richtigen Prioritäten zur Bewältigung der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen. Wir schaffen die Voraussetzungen für neues Vertrauen, für Dynamik und Wohlstand und möchten dies nochmal bekräftigen:

Unternehmen entlasten – Investitionen fördern

Ein zentrales Element unseres wirtschaftspolitischen Kurses ist die nachhaltige Entlastung der Unternehmen. Wir setzen uns für eine dauerhafte Begrenzung der steuerlichen Gesamtbelastung von Unternehmen auf höchstens 25 Prozent ein. Zugleich fordern wir ein einfacheres, transparenteres Steuerrecht – mit niedrigeren Unternehmensspitzensteuersätzen, einer abgeflachten Progression und praktikablen Buchführungs- und Abschreibungsregeln, insbesondere für den Mittelstand. Mit gezielten Anreizen und einem Investitionsbooster wollen wir zusätzlich private Investitionen aktivieren und neue Wachstumsimpulse geben. Wir brauchen Wirtschaftswachstum, aus dem neue Arbeitsplätze entstehen. Denn nur dieses

Wachstum ermöglicht uns einen starken und smarten Sozialstaat und schafft damit Sicherheit. Gerade der Mittelstand und das Handwerk – als Rückgrat unserer Wirtschaft – brauchen klare Signale: einfache Abschreibungsregeln, weniger Berichtspflichten und echte Planungssicherheit. Unsere Wirtschaftspolitik muss zuerst dort greifen, wo Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort entstehen.

Energieversorgung sichern – Technologieoffenheit ermöglichen

In der Energiepolitik setzen wir auf Technologieoffenheit und marktwirtschaftliche Lösungen statt auf ideologische Verbote. Wir wollen innovative, klimafreundliche Technologien fördern – von Wasserstoffanwendungen über moderne Solarsysteme bis hin zu weiteren zukunftsfähigen Lösungen. Wir stehen CCS und CCU positiv gegenüber und wollen dies zügig zeitnah verankern. Die Reduktion von CO₂-Emissionen soll künftig vorrangig über marktwirtschaftliche Anreize erfolgen, nicht durch zusätzliche Verbote oder staatliche Regulierungen. Nur über diesen Weg schaffen wir die Voraussetzungen für eine verlässliche, bezahlbare und sichere Energieversorgung, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und das Erreichen unserer Klimaziele – bei gleichzeitiger Sicherung unserer industriellen Stärke.

Die energieintensive produzierende Industrie im Blick

Gerade in Zeiten unsicherer Lieferketten, volatiler Märkte und einer international zunehmenden Abkehr von Freihandel und Globalisierung hin zu robusten, regionalen, strategisch unabhängigen Wertschöpfungsketten, ist eine starke energieintensive produzierende Industrie, wie z.B. die Chemie- oder Stahlindustrie, von essenzieller Bedeutung. Sie versorgt weitere Branchen mit wichtigen strategischen Grundstoffen und leistet einen unverzichtbaren Beitrag für Resilienz, Technologieführerschaft und die strategische Autonomie Deutschlands und Europas. Die energieintensive Industrie und ihre Beschäftigten brauchen eine verlässliche Zukunft in unserem Land! Schon heute ist die industrielle Produktion in Deutschland eine der effizientesten weltweit – doch die Transformation zur CO₂-neutralen Produktion braucht die richtigen politischen Rahmenbedingungen: insbesondere Planungs- und Investitionssicherheit, wettbewerbsfähige Strompreise und zukunfts feste Förderinstrumente. Ebenso ist die Fortsetzung und Weiterentwicklung der europäischen Handelsschutzinstrumente über 2026 hinaus sowie eine Nachschärfung des CO₂-Grenzausgleichs (CBAM) von zentraler Bedeutung – beides muss jetzt auf europäischer Ebene mit deutscher Initiative konsequent vorangetrieben werden.

Bürokratieinfarkt verhindern – Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen – Goldplating vermeiden

Bürokratieabbau bedeutet zuallererst, keine neue Bürokratie aufzubauen. Wir stehen schon jetzt kurz vor einem Bürokratieinfarkt. Neue Gesetze sind daher unter diesem Gesichtspunkt zu konzipieren. Überflüssige Vorschriften wie die Bonpflicht oder das bürokratieverursachende Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz müssen abgeschafft, Melde- und Statistikpflichten auf das absolut Notwendige reduziert werden. Doppelstrukturen in Verwaltung und Wirtschaft sind gezielt abzubauen.

Bürokratieabbau darf nicht beim Bund enden. Auch Landesrecht, kommunale Verwaltung und Fachgesetze müssen systematisch verschlankt werden – im Baurecht, Umweltrecht oder bei Fördervorgaben. Nur wenn wir alle Ebenen entlasten, spürt der Mittelstand den Unterschied.

Wir fordern die Einführung einer verbindlichen „One-in-two-out“-Regel: Für jede neue bürokratische Vorgabe müssen mindestens zwei bestehende Vorgaben gestrichen werden. So werden Ressourcen wieder wertschöpfend eingesetzt und Verwaltungen wie Unternehmen von unnötigen Belastungen befreit. EU-Vorgaben sollen 1:1 umgesetzt und nicht durch nationale Alleingänge oder Verschärfungen zusätzlich übererfüllt werden. Bei der Umsetzung von EU-Richtlinien muss Deutschland grundsätzlich pragmatisch denken, Spielräume ausnutzen und vor allem Goldplating vermeiden. Wir werden die im Bund etablierte Bürokratiekostenrechnung wirksamer ausgestalten und den Erfüllungsaufwand für Wirtschaft, Verwaltung und Bürger konsequent reduzieren und dazu auch Verwaltungsvorschriften abbauen. Genehmigungsverfahren müssen durch effizientere Prozesse deutlich gestrafft und sinnvolle Möglichkeiten der Genehmigungsfiktion konsequent angewandt werden.

Zukunftsinvestitionen ermöglichen – Infrastruktur modernisieren

Mit dem Infrastrukturfonds in Höhe von 500 Milliarden Euro haben wir die Grundlage für eine umfassende Modernisierung unseres Landes geschaffen. Diese Investitionen ermöglichen die Erneuerung von Straßen, Schienen, Brücken sowie den Ausbau digitaler Netze. Damit die Projekte zügig in die Umsetzung kommen, fordern wir die sofortige Umsetzung der im Koalitionsvertrag des Bundes angekündigten Maßnahmen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, insbesondere des Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung. Allein 100 Milliarden Euro fließen gezielt an Länder und Kommunen – zur Stärkung der Lebensqualität in den Regionen und zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Diese Mittel müssen dort wirken, wo sie konkrete Umsetzung ermöglichen. Dabei gilt: Steuerliche Investitionsfreiräume sind dem Aufbau neuer Förderkulissen vorzuziehen. Wer investieren will, braucht Vertrauen in unternehmerische Entscheidung – nicht noch mehr Anträge. Angesichts der Tatsache, dass über 60 Prozent der Kommunen in Deutschland als steuer- und investitionsschwach gelten, sollte die GRW-Förderung in strukturschwachen Regionen gezielter ausgerichtet werden, um dort Investitionen in wirtschaftliche Infrastruktur sowie in kleine und mittlere Unternehmen wirkungsvoll zu erleichtern.

Zudem muss Deutschland strategisch aufholen: In der Luft, im All und zur See dürfen wir nicht länger nur zusehen. Das neue Bundesministerium für Raumfahrt ist ein überfälliger Schritt – denn das Wettrennen um Souveränität und die Zukunftsmärkte im Orbit hat längst begonnen. Auch unsere Seehäfen spielen eine Schlüsselrolle: als Knotenpunkt des Welthandels und als sicherheitspolitische Infrastruktur. Sie gehören unter nationale Verantwortung – mit zusätzlichen Mitteln des Bundes für die Länder

modernisiert und für Verteidigung wie Logistik ertüchtigt. Nur so wird Deutschland wieder handlungsfähig.

Fachkräfte sichern – Bildung zukunftsfähig machen

Gleichzeitig fordern wir den Fachkräftebedarf zu sichern und möchten den Anstoß geben, unser Bildungssystem unter Zusammenarbeit der Länder zu reformieren, ohne die föderale Bildungshoheit zu verwässern. Ziel muss überall durchgängig die Ausbildungs-, bzw. Studienreife des Abschlusses sein. Wir setzen auf eine starke duale Ausbildung und möchten moderne, praxisnahe Bildungsangebote, die auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts abgestimmt sind, schaffen und erhalten. Die duale Ausbildung als Fundament unserer Wirtschaft wollen wir dabei mit besonderem Fokus hinsichtlich ihrer Wertschätzung und Gleichstellung gegenüber der akademischen Ausbildung fördern. Gezielte Zuwanderung von Fachkräften in den Arbeitsmarkt bleibt ein zentraler Bestandteil unserer Strategie – verbunden mit der klaren Erwartung: Integration ist die Voraussetzung für Teilhabe, sozialen Aufstieg und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Regionen stärken – Zusammenarbeit ausbauen

Nicht zuletzt gilt für uns: Starke Regionen sind die Grundlage eines starken Bundes. Die regelmäßigen wirtschaftspolitischen Sprechertagungen der CDU/CSU-Fraktionen aus Bund und Ländern sichern den kontinuierlichen Austausch und sorgen dafür, dass regionale Anliegen frühzeitig aufgegriffen und eng mit der Bundespolitik verzahnt werden. Diese enge und abgestimmte Zusammenarbeit ist ein zentraler Erfolgsfaktor für wirtschaftlichen Fortschritt und eine ausgewogene Entwicklung in ganz Deutschland.

Unser Ziel: Wachstum, Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit

Mit unserem klaren Kurs aus Steuerentlastungen, gezieltem Bürokratieabbau, technologieoffener Energiepolitik und strategischen Zukunftsinvestitionen bekräftigen wir unser Sofortprogramm und bringen Deutschland wieder auf Wachstumskurs. Jetzt ist die Zeit zu handeln. Gemeinsam legen wir den Grundstein für ein starkes, innovationsstarkes und zukunftsfähiges Deutschland.

Den Sozialstaat schützen

Das Grundgesetz verpflichtet uns darauf, soziale Gerechtigkeit herzustellen und soziale Sicherheit im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung zu gewährleisten. Jedoch betragen aktuell die Sozialabgaben auf die Gehälter von Festangestellten im Schnitt 41,9 Prozent. Tendenz weiter steigend. Die Belastungsgrenze für die Beitragszahler ist überschritten. Eine Deckelung der Sozialausgaben bei 40 Prozent des Bruttolohns bleibt vor diesem Hintergrund unser erklärtes Ziel. Wir müssen den Sozialstaat deshalb auf seine Kernbereiche zurückführen. Um unseren Sozialstaat zukunftsfest aufzustellen und um seine Leistungsfähigkeit zu erhalten, müssen wir grundlegende Veränderungen umsetzen. Dazu gehören eine umfassende Reform des Bürgergelds, flexiblere Versicherungsangebote, eine verbesserte Gesundheitsprävention, um höhere Kosten für

die Behandlung von schwerwiegenden Erkrankungen zu vermeiden, und schließlich eine umfassende Pflegereform.

KI als Chance der technologischen Souveränität – packen wir es endlich an

Unsere wirtschaftliche Stärke hängt nicht nur von der Stärke der Industrie und dem Dienstleistungssektor ab, sondern immer stärker auch von konsequenter Digitalisierung und dem verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands mit besonderer Dringlichkeit. KI ist unser Schlüssel zu Wohlstand – nicht nur für heute und morgen, sondern für die nächsten Jahrzehnte. Die KI gibt uns die Möglichkeit die seit Jahren stagnierende Produktivität der deutschen Wirtschaft wieder anzutreiben. Deshalb darf Deutschland diese Chance nicht verstreichen lassen. Es ist an der Zeit, selbstbewusst und souverän den Weg in die digitale Zukunft zu gestalten. Als CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz wollen wir Deutschland aus der Position des Zögerns und Überregulierens herausholen. Ziel ist es, sich nicht länger hintenanzustellen und mit überbordender Bürokratie alles regeln zu wollen, sondern anzufangen, in die Kompetenz und Stärke unseres Landes zu vertrauen und diese zu fördern. Wir setzen auf Datensouveränität und schaffen dabei Vertrauen in Datenmanagement und hohe Datenqualität. Der Grundsatz muss lauten „public money, public data“. Denn Deutschland ist gerüstet, um mit den Tech-Giganten mitzuhalten. Wir sind die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und zeichnen uns durch Innovationsstärke, Exportorientierung und einen starken Mittelstand aus.

Unser Land darf sich nicht länger hinter Datenschutz und bürokratischen Hürden verstecken. Viel wichtiger ist es, zentrale Voraussetzungen im Bereich Datenschutz und Datensicherheit zu schaffen, um das Vertrauen und Akzeptanz von KI zu bestärken. Wir wollen eine moderne Datenkultur erreichen, die den sicheren und innovativen Umgang mit Daten ermöglicht, die Grund- und Freiheitsrechte wahrt und dabei dennoch Spielräume für wirtschaftliche Potenziale bietet. Für eine effektive technologische Souveränität Deutschlands und Europas brauchen wir mehr Fokus auf Bildung, Forschung, Innovation – und auf Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz.

Gemeinsam mit EU-Partnerstaaten brauchen wir gezielte und massive Anstrengungen, um die digitale Souveränität unseres Landes und des EU-Raumes als Schlüssel für Wohlstand und Demokratie zu stärken und wiederzugewinnen. Es darf nicht dabei bleiben, dass deutsche und europäische Unternehmen erst auf den hinteren Plätzen der großen Digitalkonzerne rangieren. Das Projekt Airbus in den 60er Jahren und in einem damals anderen Kontext kann hierfür Vorbild und Modell sein.

Kein Bürokratiewang für Tüftler und Denker

Um im internationalen Vergleich weiter an der Spitze zu stehen, legt die neue von der Union geführte Bundesregierung ihren Fokus auf einen strukturierten Einsatz und eine gezielte Förderung von KI. Dazu müssen die von der EU vorgegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen des EU AI Act ausgereizt und weitestmöglich ausgelegt werden –

dabei geht es darum, zuerst die Chancen und dann die Risiken, wie beispielweise beim Datenschutz, zu sehen. „Goldplating“ und die Verkomplizierung der Anwendung und Entwicklung von KI sind konsequent auszuschließen. Den Tüftlern und Denkern muss genug Spielraum verschafft werden, den Einsatz von KI mit Ideen und Know-How voranzutreiben. Weniger reden und mehr umsetzen – deswegen wird es massive Investitionen in die Cloud- und KI-Infrastruktur sowie in die Verbindung von KI und Robotik, in Netze und in Rechenzentren geben müssen. Das schafft auch neues Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit. Denn ohne den Mut zu Veränderung und Innovation bleibt das erste KI-Gesetz stets das, was es ist: eine Risikovermeidungsstrategie. Mit dem KI-Gesetz hat Europa den Mitgliedstaaten zwar ein erstes Rüstzeug an die Hand gegeben, um KI zu nutzen. Dieses Rüstzeug muss aber von den Mitgliedstaaten jetzt mit Leben gefüllt werden. Für Deutschland muss dabei gelten: KI ist eine Chance, das Zusammenleben und Arbeiten einfacher und effizienter zu gestalten. Eine Chance, die Zusammenarbeit der Behörden untereinander zu vereinfachen und Arbeitsvorgänge gezielt zu digitalisieren. Eine Chance, den Wettbewerb anzukurbeln.

Vernetzt und verzahnt: Digitale Strukturen als Grundlage einer modernen Verwaltung und handlungsfähigen Justiz

Dazu braucht Deutschland allem voran einen Verwaltungsapparat mit Behörden, die schnell, ökonomisch und effektiv arbeiten. Eine übergreifende digitale Vernetzung und Verzahnung von Prozessen und die umfassende Automatisierung sowie die Nutzung von KI sind dafür unabdingbar. Unser Ziel ist es, die Chancen von KI nicht nur auf Basis vorhandener Prozesse zu entwickeln, sondern bei neuen Prozessen auch stets die digitale Anwendbarkeit als Kriterium mitzudenken.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU/CSU begrüßt daher die Initiative der Bundesregierung, das once-only-Prinzip grundsätzlich auf den Weg zu bringen und somit die Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu erleichtern. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder die notwendige Modernisierung der Verwaltung und die Förderung digitaler Strukturen betont und begrüßen daher diesen zentralen Schritt hin zu einer stärker digitalisierten und vernetzten Verwaltung – zunehmend antragslos, lebenslagenorientiert und rein digital über die verpflichtende digitale ID und ein Bürgerkonto sowie die EUDI-Wallet – mit gezielter Unterstützung für diejenigen, die den digitalen Weg nicht gehen können oder wollen.

Gleichzeitig sorgt eine gute deutschlandweite Vernetzung von Behörden für ein Mehr an Sicherheit, weil unbürokratisch und schnell auf Daten zugegriffen werden kann. Dazu muss es auch den Sicherheitsbehörden ermöglicht werden, digitale Daten umfassend zu nutzen und Videomaterial im Verdachtsfall auch mittels elektronischer Gesichtserkennung durchsuchen zu können. Denn der vernünftige und regulierte Einsatz von KI ist geeignet, die Sicherheit in unserem Land deutlich zu erhöhen.

Der digitale Ausbau darf aber nicht bei polizeilicher Arbeit enden. Auch wenn die Justiz in der AI Act Risikobewertung als Hochrisiko eingestuft ist, sind Arbeitserleichterungen

in den Gerichten und Staatsanwaltschaften möglich. Dies nicht nur aus pragmatischen, sondern auch aus wettbewerbsrechtlichen Gründen. Denn die Justiz, als Grundlage unseres Rechtsstaates, darf den Anschluss nicht verlieren. Es ist von den Richterinnen und Richtern im Land kaum mehr leistbar, KI-generierte Schriftsätze der Anwaltschaft in Masseverfahren einzeln und händisch auszuwerten. Natürlich darf eine künstliche Intelligenz die menschliche Entscheidung dabei nicht ersetzen; zur Arbeitsunterstützung und -erleichterung sollte sie jedoch in jedem Fall eingesetzt werden.

KI als Schlüsseltechnologie der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft

Um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas auch international zu bewahren, muss der technologische Fortschritt gelebt werden. Die KI dient dabei als Chance, als Innovationstreiber und Wettbewerbsmagnet. Mit KI können Unternehmen deutlich effizienter arbeiten, datenbasierte Entscheidungen treffen und Innovationen vorantreiben. Aus der wirtschaftlichen Entwicklung sind KI-Systeme in Autos, intelligenten Häusern oder medizinischen Robotern nicht mehr wegzudenken. Vielfach entscheidet die KI langfristig über Erfolg und Misserfolg eines Unternehmens. Deutschland muss für junge Unternehmen und Fachkräfte aus dem Ausland attraktiv bleiben, mit einem modernen Arbeitsumfeld und einfachen Prozessen. KI-gestützte Prozesse werden dabei auch zunehmend eine Bearbeitung in Englisch und anderen Sprachen zum Standard werden lassen.

Durch den Einsatz generativer KI kann es gelingen, in einem Bruchteil der Zeit, die Menschen benötigen würden, Muster zu erstellen und damit Forschung und Entwicklung zu beschleunigen. Um diesen rasanten Fortschritt zu unterstützen und voranzutreiben, braucht es Fördersystematiken, die eben nicht bei Startups enden, sondern auch Mittelstand und Handwerk sowie die Landwirtschaft mit in den Blick nehmen. Die neue Bundesregierung hat dies erkannt, Deutschland wird massiv in den Ausbau und die Entwicklung von KI investieren, etwa in die digitale Forschung, die Förderung von KI-Unternehmen und die Nutzbarmachung der KI zur Optimierung von Prozessen in Betrieben. Unabdingbare Voraussetzung hierfür werden zudem massive Investitionen in die Rechen- und Speicherinfrastruktur nebst der dazugehörigen Energieversorgung sowie der Aufbau souveräner Cloudinfrastrukturen sein.

Innovationen nicht verlieren – Kapital für Skalierung sichern

Deutschland darf nicht länger das Land des Proof-of-Concept sein, während die Skalierung andernorts erfolgt. Start-ups und technologieintensive Scale-ups aus den Bereichen KI, Robotik und Deep Tech brauchen hierzulande besseren Zugang zu Wachstumskapital. Wer in Deutschland forscht, testet und den Marktzugang schafft, muss auch die Möglichkeit haben, hier zu skalieren – nicht im Silicon Valley oder in Singapur. Wir setzen gezielt Impulse für privates Beteiligungskapital, schaffen moderne Rahmenbedingungen für alternative Finanzierungsformen wie wachstumsorientierte Kredite und bauen ein starkes Wachstumsfonds-Ökosystem auf, das unsere technologischen Vorreiter langfristig im Land hält.

Innovation braucht Freiräume: Regulierung mit Augenmaß statt Innovationsbremse

Die Entwicklung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz darf in unserem Land nicht durch überbordende Regulierung ausgebremst werden. Datenschutz und Sicherheit sind wichtige Güter – sie dürfen aber nicht zur Innovationsbremse werden. Die Umsetzung von DSGVO und AI Act muss mit Augenmaß erfolgen und praxisnah ausgestaltet sein, um technologische Entwicklungen nicht zu behindern. Deutschland und Europa stehen im internationalen Wettbewerb mit hochdynamischen Märkten wie den USA oder China. Wer bei der KI-Entwicklung dauerhaft mithalten will, braucht nicht nur kluge Köpfe und Investitionen, sondern auch ein regulatorisches Umfeld, das Innovationen ermöglicht – nicht verhindert. Ein innovationsfreundlicher Rechtsrahmen ist deshalb zentraler Bestandteil einer erfolgreichen KI-Strategie.

Digitale Bildung stärken: Medienkompetenz und KI-Wissen für die Zukunft

Die digitale Transformation und der Ausbau von KI müssen dort ansetzen, wo sie wie selbstverständlich bereits genutzt werden: in unseren Schulen und Universitäten. Digitale Kompetenz und Medienbildung haben in der heutigen Zeit eine gänzlich andere Relevanz erhalten als früher. Für Kinder und Jugendliche ist die digitale Vernetzung im Alltag nicht mehr wegzudenken. Der überwiegende Anteil an Informationen und Nachrichten werden aus digitalen Medienquellen oder den Sozialen Medien bezogen. Um diese Informationen nicht ungefiltert zu lassen und es zu ermöglichen, Fake News zu erkennen, braucht es ein klares Konzept zur Daten- und Medienkunde in den Schulen. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU/CSU spricht sich vor diesem Hintergrund für einen deutlichen Ausbau der digitalen Bildung aus. Bereits im frühen Alter müssen Kinder mit dem Nutzen, aber auch den Risiken digitaler Medien und KI vertraut gemacht werden. Dazu braucht es gleichzeitig digital geschultes Lehrpersonal und KI-gestützte Lernsysteme. Auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist KI-Bildung essentiell. Wir schlagen daher eine KI-Initiative mit Partnern aus Wirtschaft und Forschung vor, bei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Online-Seminaren, Workshops oder Pilot- und Transferprojekten für die Arbeit mit KI befähigt werden. Hierzu sollen gezielt Weiterbildungsprogramme eingerichtet werden, die nicht nur technisches Wissen vermitteln, sondern auch ethische und rechtliche Aspekte der KI-Nutzung in den Blick nehmen.

Das neue Bundesdigitalministerium – ein klarer Plan für technologischen Fortschritt im Land

Um den skizzierten umfassenden digitalen Wandel zielgerichtet zu steuern, setzt die neue CDU/CSU-geführte Bundesregierung für Deutschland nun auf ein Bundesdigitalministerium. Es reicht nicht mehr, Digitalisierung in jedem Land neu zu erfinden. Es braucht eine zentrale Vernetzung und einen klaren Plan, um die Balance zwischen technologischem Fortschritt und dem Schutz individueller Rechte zu gewährleisten. Diese bessere Steuerung ist auch zur Wahrung der Transparenz und zur Überwachung der Datennutzung essenziell. Die Fokussierung von Wissen und

Kompetenz in einem Ministerium hilft dabei nicht nur bei der Koordinierung der Transformation in Deutschland, sondern stärkt auch die deutsche Position in Europa.

KI als Chance sehen – und die Chance nutzen

Kommen wir raus aus dem Reden und Planen, hinein ins Handeln. KI ist die Schlüsseltechnologie der Zukunft. Eine Chance für Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Die neue Bundesregierung muss und wird dem Thema Priorität einräumen. Hierfür wurden auch Experimentierklauseln im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung verankert. Diese fördern die Innovationskraft, denn Deutschland darf den digitalen Anschluss nicht verpassen. **Packen wir es an!**